

Was tun mit 53 Milliarden Euro?

Erste Lesung des Haushalts: Gelegenheit zur Generaldebatte

27. August 2008 – 52,7 Milliarden Euro umfasst der Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen 2009, den Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) einbrachte. In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs (Drs. 14/7000) stellte er dem Landtag die Eckdaten vor. Während die Regierungsfractionen von CDU und FDP unter den Überschriften „Konsolidieren, Modernisieren, Investieren“ von einer „nachhaltigen und tragfähigen Finanzpolitik“ sprachen, kritisierten die Oppositionsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die Regierung sei mit diesem Haushaltsentwurf „an ihren eigenen Versprechungen gescheitert.“

Fotos: Schälte



Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) erklärte: „Mit dem Landeshaushalt für 2009 setzt die Landesregierung ihre erfolgreiche Politik der richtigen Schwerpunkte fort.“ Ziel bleibe weiterhin, den Landeshaushalt zu konsolidieren, zu modernisieren und gleichzeitig in Zukunftsthemen wie Kinder (110,7 Millionen Euro mehr für das KiBiz) sowie Jugend und Bildung (z.B. 699,5 Millionen Euro mehr im Schuletat) zu investieren. So werde es gelingen, „Schritt für Schritt dauerhaft solide Staatsfinanzen“ zu schaffen und NRW zu einem „Land der neuen Chancen“ zu entwickeln.

Seit 2005 habe die gute Wirtschaftsentwicklung zu Steuermehreinnahmen geführt. 90 Prozent dieser Einnahmen seien dazu genutzt worden, die Nettoneuverschuldung weiter zu reduzieren. „Wir haben der Versuchung widerstanden, Mehreinnahmen bloß zu konsumieren“, betonte Linssen. Der Konsolidierungskurs der Landesregierung (der eine Fortsetzung des Stellenabbaus um 3.397 Stellen beinhalte) sei auch deshalb notwendig, weil in Zukunft der demographische Wandel die Haushaltspolitik vor neue Herausforderungen stellen werde. Vor diesem Hintergrund sei es auch sinnvoll, kontinuierlich in die Abdeckung von Risiken im Versorgungsbereich zu investieren (seit 2007: 1,1 Milliarden Euro).

„Angesichts der hohen Verschuldung durch die falsche Politik der Vergangenheit braucht die Sanierung weiterhin Zeit“, kritisierte Linssen die

Haushaltspolitik der Vorgängerregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. In der nächsten Legislaturperiode ab 2010 müsse es so schnell wie möglich gelingen, die Nettoneuverschuldung schrittweise bis auf Null zurückzuführen.

Hannelore Kraft attackierte als Vorsitzende der SPD-Fraktion die Regierung: „Sie scheitern mit diesem Haushaltsentwurf an Ihren eigenen Versprechungen.“ Um rund 25 Prozent lägen in 2009 die Steuereinnahmen über den Einnahmen in 2005. Trotzdem steige die Verschuldung des Landes bis Ende des kommenden Jahres auf den „Rekordwert“ von 120,5 Milliarden Euro; nur 6,5 Prozent der zusätzlichen Steuereinnahmen würden in den Abbau der Neuverschuldung

gesteckt. „Diese Landesregierung spart nicht“, richtete Kraft ihren Vorwurf an CDU und FDP gleichermaßen. Und der Haushalt setze keinen wirklichen Schwerpunkt bei Kindern, Bildung und Innovation.

Insbesondere prangerte die Oppositionsführerin an, dass trotz erwarteter steigender Steuereinnahmen von 2009 bis 2012 die eigenfinanzierten Investitionen von 7,1 auf 6,4 Prozent sinken sollen. Mit einer sinkenden Studienanfängerquote, einem anhaltenden Unterrichtsausfall sowie einer weiterhin mangelnden individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler würde die Landesregierung des Weiteren den Fachkräftemangel von morgen selbst produzieren.

Zu den „großen Verlierern“ der aktuellen Landespolitik erklärte die SPD-Politikerin die Kommunen, denen die Rückzahlung zuviel gezahlter Mittel für den Solidarpakt Ost verweigert würde. Für Kommunen, aber auch für Mittelstand und Handwerk, ja letztendlich für die Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar seien die Sparkassen, die durch das vorliegende Novellierungsgesetz allerdings stark gefährdet seien. Dies hänge eng zusammen mit der „Chefsache“ WestLB, bei der zwei Drittel der „Schrottanleihen“ erst unter der gegenwärtigen Landesregierung angehäuft worden seien.

Helmut Stahl, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, hielt der Oppositionsführerin im Gegenzug vor, Rot-Grün hätte zwischen 1995 und 2005 jährlich fast 5 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Heute würden dagegen die Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung der Landesfinanzen verwandt (von den 8,6 Milliarden Euro seien 1,6 Milliarden Euro in den Steuerverbund mit den Kommunen geflossen, 5 Milliarden Euro in den Abbau der Nettokreditaufnahme, 0,4 Milliarden Euro in den Schuldendienst und 0,7 Milliarden Euro in die Versorgungsrücklage). Die Einnahmen dienten außerdem zur Lösung des Problems „WestLB“, hinterlassen von der Vorgängerregierung. Stillstand in der Politik? Für den CDU-Fraktionsvorsitzenden sprechen aktuell Heimgesetz, Lehrerausbildungsgesetz, Sparkassennovellierung und Landesplanungsgesetz eine andere Sprache.



Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU)

Hannelore Kraft (SPD)

Helmut Stahl (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Haushaltseckdaten (in Milliarden Euro)

	2005 (Ist)	2006 (Ist)	2007 (Ist)	2008 einschl. zweiter Nachtrag	2009 (Haushalts- entwurf)
Haushaltsvolumen	50,6 Mrd. €	47,8 Mrd. €	50,0 Mrd. €	51,3 Mrd. €	52,7 Mrd. €
Steuereinnahmen	34,7 Mrd. €	37,0 Mrd. €	40,5 Mrd. €	41,6 Mrd. €	43,3 Mrd. €
Nettoneu- verschuldung	6,66 Mrd. €	3,24 Mrd. €	1,86 Mrd. €	1,78 Mrd. €	1,67 Mrd. €
Investitionen (Investitionsquote*)	6,74 Mrd. € (13,3 %)	4,35 Mrd. € (9,1 %)	4,35 Mrd. € (8,7 %)	4,85 Mrd. € (9,5 %)	4,91 Mrd. € (9,3 %)
Zinsausgaben (Zinsausgabenquote*)	4,51 Mrd. € (8,9 %)	4,63 Mrd. € (9,7 %)	4,74 Mrd. € (9,5 %)	4,84 Mrd. € (9,5 %)	4,94 Mrd. € (9,4 %)
Personalausgaben (Personalausgabenquote*)	20,3 Mrd. € (40,0 %)	18,6 Mrd. € (38,9 %)	19,6 Mrd. € (39,3 %)	19,3 Mrd. € (37,7 %)	20,5 Mrd. € (38,9 %)

* Die Quoten werden anhand der bereinigten Gesamtausgaben ermittelt.

Quelle: Finanzministerium NRW

Fotos: Schälte



Sylvia Löhrmann (GRÜNE) Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) Rüdiger Sagel (fraktionlos) Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP)

Jegliche Forderungen nach Mehrausgaben für Konjunkturprogramme wies der CDU-Politiker zurück; vielmehr sei es notwendig, strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Dies sei der „Paradigmenwechsel“ in der Politik. „Unprofessionell und unglaubwürdig“ – so bewertete Stahl die SPD und ihre Vorsitzende gerade mit Blick auf die „Causa Clement“, „rückwärts gewandt“ mit Blick auf den subventionierten Steinkohlebergbau. Insbesondere attackierte Stahl die wirtschafts- und sozialpolitische Konzeption der Sozialdemokratie: „Soziale Gerechtigkeit ist nicht nur auf der Ausgabenseite zu Hause. Sie muss auch auf der Einnahmenseite einen Stammplatz haben.“

Eindringlich warnte der CDU-Politiker die SPD vor einem Wettbewerb wie auch einem Bündnis mit der Linken, die soziale Wohltaten mit jährlichen Kosten von 155 Milliarden Euro verspreche.

Dr. Gerhard Papke (FDP) lobte den Haushaltsentwurf des Finanzministers als eine „hervorragende Zwischenbilanz“ der nordrhein-westfälischen Finanzpolitik seit dem Regierungswechsel 2005. Zugleich jedoch bot der FDP-Fraktionsvorsitzende der Landesregierung und der CDU-Fraktion an, über eine Beschleunigung des Konsolidierungskurses nachzudenken. „Wir

sind noch nicht am Ziel“, so Papke. Mit einer weiteren Privatisierung von Landeseigentum, mit einem schnelleren Stellenabbau und einer weiteren Zusammenlegung von Landesbehörden könne es gelingen, das Ziel des ausgeglichenen Landeshaushalts noch schneller, möglicherweise schon im Jahr 2010 zu erreichen.

„Nie war der Arbeitsmarkt so aufnahmebereit wie jetzt“, meinte Papke und erneuerte in diesem Zusammenhang seine Forderung, den sozialverträglichen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau zügiger voranzubringen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzenden Hannelore Kraft warf Papke eine „Traumtänzerie“ in der Haushaltspolitik vor. Auf der einen Seite verlange sie eine schnellere Konsolidierung, auf der anderen Mehrausgaben in Millionenhöhe. „Wollen Sie das Parlament und die Öffentlichkeit auf den Arm nehmen?“, fragte der FDP-Politiker. Der Haushaltspolitik von CDU und FDP dagegen sei es zu verdanken, dass im Vergleich der westdeutschen Bundesländer Nordrhein-Westfalen der größte Fortschritt bei der Konsolidierung des Haushalts seit 2005 gelungen sei: Damals habe die Neuverschuldung bei 6,7 Milliarden Euro gelegen, heute bei 1,67 Milliarden Euro; dies sei ein Rückgang um fast 75 Prozent.

Sylvia Löhrmann schlug als Grünen-Fraktionsvorsitzende in die gleiche Kerbe wie die SPD-Opposition. Der Entwurf des Landeshaushalts sei „ohne Kontur, ohne Ehrgeiz, ohne Verve.“ Insbesondere nicht verwirklichte Einsparungen im Personalbereich prangerte die Oppositionspolitikerin an. Rot-Grün sei einen wesentlich schärferen Konsolidierungskurs gefahren als die Regierung Rüttgers. Kein Plan für die Zukunft Nordrhein-Westfalens, fasste die Grünen-Politikerin zusammen: weder in der Finanzpolitik, noch in der Bildungspolitik, noch in der Energiepolitik.

Dabei sei durch die Preissteigerungen für Öl und Gas der Abfluss von Kaufkraft sowohl für private wie auch für öffentliche Haushalte dramatisch: In 2008 werde Deutschland wohl für 85 Milliarden Euro Erdöl und Erdgas importieren, in 1999 seien es dagegen „nur“ 18 Milliarden Euro gewesen. Vor diesem Hintergrund forderte Löhrmann – auch als Anti-Rezessionsprogramm – den massiven Einstieg in die „energetische Gebäudesanierung“: Dies bedeute weniger Kosten für Öl- und Gasimporte, mehr Geld für die heimische Bauindustrie, mehr Geld im Portemonnaie der Menschen, mehr Arbeitsplätze. Bei derzeit 30.000 sanierten Wohnungen jährlich würde es aber mehr als 200 Jahre dauern, bis die 6,3 Millionen aktuellen Altbauten saniert seien.

„Dilettantismus“ warf Löhrmann der Landesregierung schließlich mit Blick auf die WestLB vor. Sie warnte davor, dass das Sparkassengesetz unter diesen Voraussetzungen das Aus bedeuten könne für eine „bewährte, kundennahe, die Regionen unterstützende Bankenlandschaft“.

Einzeletat (in Milliarden Euro)

	2009
Landtag	0,091
Ministerpräsident	0,303
Innen	4,559
Justiz	3,375
Schule und Weiterbildung	13,366
Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	5,572
Wirtschaft, Mittelstand und Energie	0,965
Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	0,752
Arbeit, Gesundheit und Soziales	2,882
Finanzen	1,854
Landesrechnungshof	0,037
Bauen und Verkehr	2,978
Generationen, Familie, Frauen und Integration	1,600
Allgemeine Finanzverwaltung	14,369
Summe	52,704



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) bewertete den Haushaltsentwurf naturgemäß anders als seine Vorrednerin: „Es geht aufwärts mit Nordrhein-Westfalen.“ Das Wirtschaftswachstum liege mit 2,6 Prozent über dem Bundesdurchschnitt, die Arbeitslosigkeit sinke, die Neuverschuldung sei mit 1,67 Milliarden Euro so niedrig wie seit 30 Jahren nicht (auch weil 90 Prozent der Steuermehreinnahmen hierfür eingesetzt würden). „Was soll diese Miesmacherei?“, wollte der Regierungschef die

Kritik der Opposition nicht gelten lassen. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Kraft habe die Fakten zum Haushalt „so verdreht, dass sie ihrer Meinung entsprachen.“ Die Forderungen der Sozialdemokraten der letzten drei Jahre hätten insgesamt Mehrausgaben von fast 400 Millionen Euro bedeutet. Mehrausgaben und Konsolidierung gleichzeitig: „Das ist genau die Art, wie sie uns in dieses Schuldendesaster hineingeführt haben“, so Rüttgers.

Er unterstrich, dass Nordrhein-Westfalen laut jüngstem Außenwirtschaftsbericht zu einer „international beachteten Wirtschaftsmacht“ geworden sei; der Export habe um 9,1 Prozent, der Import um 6,5 Prozent zugelegt. Die Wachstumsdynamik werde wieder zunehmen, „wenn wir jetzt das Richtige tun.“ Zum Beispiel das Steuerrecht vereinfachen. Gleichzeitig müsse man sich – vor allem mit Blick auf die Energiepreise – aber um die kleinen Einkommen kümmern.

Zugleich lehnte Rüttgers Forderungen ab, die Konsolidierung des Landshaushalts unter allen Umständen schneller voranzutreiben. Konsolidierung müsse stets im Zusammenhang mit den notwendigen Investitionen zum Beispiel im Bereich Kinder, Jugend und Bildung gesehen werden.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) sah den Haushaltsentwurf der Landesregierung gegen die Ärmsten in NRW gerichtet: „Reiche werden immer reicher – Arme immer ärmer. Ihre Finanzpolitik geht in die völlig falsche Richtung.“ Insbesondere mit dem „Kahlschlag bei den Arbeitslosenzentren“ werde „die Sozialpolitik in NRW endgültig zu Grabe getragen.“

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ – „PARTNERSCHAFT“ ODER „PLÜNDEREI“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) brachte zusätzlich zum Haushaltsgesetz 2009 das „Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009“ in die parlamentarischen Beratungen ein. Dabei würde mit 7,7 Milliarden Euro der höchste Stand der Zuweisungen an die kommunale Familie erreicht. Zeitnah und verlässlich erhielten die Kommunen ihren Anteil an den Ist-

Steuereinnahmen; die 23 Prozent seien auch in schwierigen Konsolidierungsphasen gehalten worden. „Kreditierungen, Abrechnungen, alle diese Monster aus Zeiten von Rot-Grün konnten an dieser Stelle entfallen“, so der Minister.

Ralf Jäger (SPD) hielt der Regierung entgegen, sie habe seit 2006 den Kommunen „ihnen zustehende Mittel in einer Größenordnung von 1,8 Milliarden Euro entzogen“. Und das, obwohl die Steuereinnahmen um 25 Prozent gestiegen seien. In 2005 hätten die Kommunen 20 Prozent aller Steuereinnahmen des Landes erhalten, in 2008 seien es nur noch knapp über 17 Prozent. Die Folge: die Kommunen hätten eine mangelnde Finanzausstattung, ja seien „faktisch pleite“. 190 Kommunen hätten sich Ende 2007 im Haushaltssicherungskonzept befunden, 113 im Nothaushalt. Das Fazit des SPD-Abgeordneten: „Das ist und bleibt die kommunalfeindlichste Landesregierung seit Bestehen des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.“

Rainer Lux (CDU) sah hingegen im vorliegenden Entwurf eine „gelungene Kontinuität zu den vergangenen Gemeindefinanzierungsgesetzen“. Das Land erweise sich als seriöser und verlässlicher Partner der Kommunen; die Einführung des Referenzzeitraums habe Verlässlichkeit und Planbarkeit gebracht. Nach einer Steigerung in 2007 um 650 Millionen Euro würden die entsprechenden Mittel dieses Jahr nochmals um 160 Millionen Euro aufgestockt. Rund 86 Prozent der Mittel, die den Kommunen zur Verfügung stehen, seien völlig frei verfügbar. Dies stehe im Gegensatz zu den „Verunsicherungen“ und gleichzeitig „goldenen Zügeln“ der ehemaligen rot-grünen Landesregierung.

Horst Engel (FDP) betonte ebenfalls den „positiven“ Trend der Vorjahre. 2009 stünden den Kommunen über 7,7 Milliarden Euro verteilbare Finanzausgleichsmasse zur Verfügung. Der Großteil davon fließe direkt in die Verwaltungshaushalte mit hohen Ausgabeposten für soziale Leistungen oder für Personal. Engel begrüßte insbesondere den Anstieg im Bereich der Investitionspauschalen um 4,7 Prozent. Der FDP-Politiker betonte, dass die Zahl der Kommunen im Haushaltssicherungskonzept oder im Nothaushalt seit 2005 spürbar gesunken sei. Er

kündigte an, dass nunmehr ein Diskussionsprozess über die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs beginnen soll.

Horst Becker (GRÜNE) konterte diese Aussagen: „Sie färben sich die Wirklichkeit, aber sie hat damit, was sich in den Kommunen abspielt, immer weniger zu tun.“ Mit Verzögerungen wollten die Regierungsparteien über das Kommunalwahljahr 2009 kommen. „Danach verschlimmert sich erst recht die schon jetzt angebrochene schlechte Zeit für die Kommunen.“ Trotz glänzender Steuereinnahmen hätten sich die Kassenkredite der Kommunen unter Schwarz-Gelb auf 13,8 Milliarden Euro erhöht. Mit ein Grund dafür, dass die Regierung sich darum drücke, den eigentlich seit November fälligen Bericht zur kommunalen Finanzlage vorzulegen, mutmaßte der Grünen-Politiker. ■

Die Fachausschüsse des Landtags werden den Haushaltsplan in den kommenden Wochen detailliert beraten; der Haushaltsausschuss erörtert deren Beschlüsse am 27. November 2008. Die zweite Lesung im Landtag ist für die Plenarsitzungen am 3. und 4. Dezember, die 3. Lesung für die Sitzungen am 17. und 18. Dezember 2008 vorgesehen.

Daten zur Gemeindefinanzierung

(in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr / Angaben in Euro)

Zuweisungen	7,7 Milliarden (+159,8 Millionen)
Schlüsseluweisungen	6,6 Milliarden (+136,5 Millionen)
davon für	
• Gemeinden	5,2 Milliarden
• Kreise	774 Millionen
• Landschaftsverbände	648 Millionen
Schulpauschale/Bildungspauschale	540 Millionen
Investitionspauschalen	506 Millionen (+22,7 Millionen)
Pauschale Bedarfzuweisungen	27,8 Millionen (+0,6 Millionen)
Sportzuweisungen	50 Millionen
Verbundsatz	23 Prozent